

Antrag Nr.: 0052/2011/AN  
Antragsteller: SPD, GAL/HD P&E  
Antragsdatum: 12.07.2011

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat I, Rechtsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Übersicht über die Veränderungen bei der  
Umstellung von Verträgen auf  
Zuschussbewilligungen**

# Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	27.07.2011	Ö		
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	29.09.2011	N		
Haupt- und Finanzausschuss	26.10.2011	N		
Gemeinderat	10.11.2011	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

Abbildung des Antrages:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Heidelberg  
Herrn Dr. Eckart Würzner  
- Rathaus -

69117 Heidelberg

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.  
Thomas Krczal, stellv. Vorsitzender  
Irmtraud Spinnler, stellv. Vorsitzende  
Dr. Monika Meißner  
Mathias Michalski  
Michael Rochlitz  
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88  
69115 Heidelberg  
Telefon 06221-166767  
Telefax 06221-619808  
e-mail:  
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de  
www.spd-fraktion-heidelberg.de

Datum: 12.7.11

#### **Tagesordnungspunkt Gemeinderat**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

#### **Übersicht über die Veränderungen bei der Umstellung von Verträgen auf Zuschussbewilligungen**

##### **1. Bericht der Verwaltung:**

- Bericht darüber, warum mit den Frauenorganisationen nicht wie bisher Verträge abgeschlossen werden
- Bericht über inhaltliche Veränderungen:
  - inhaltliche Änderungen in der Leistungsbeschreibung, v.a. §5
- Berichtspflicht
  - Dauer der Vereinbarung und Kündigung (§7 alt, §3 neu)
  - Rücklagenbildung §6

##### **2. Diskussion und Aussprache**

##### **3. Ggf. Anträge**

Begründung:

Seit mehreren Jahren schließt die Stadt im sozialen wie im Frauenbereich Verträge mit freien Trägern als Grundlage für den städtischen Zuschuss. Die jüngsten Umstellung auf Zuschussbewilligungen gerade im Frauenbereich ist nicht nachvollziehbar, v.a. vor dem Hintergrund, dass im Sozialbereich nach wie vor Verträge abgeschlossen werden. Die Zuschussbewilligungen unterscheiden sich in den obengenannten Paragraphen inhaltlich wesentlich von den Altverträgen und führen zu Nachteilen für die Frauenorganisationen. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung sollten hier einheitliche Inhalte für alle freien Träger gefunden werden.

**Unterschriften in der Anlage**

**gezeichnet SPD-Fraktion,  
gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E**